

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2014*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am Dienstag, den 18. März ist der Nationalrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammengekommen. Thema war neben dem von der FPÖ verursachten Hypo Alpe-Adria Desaster das Datenleck beim Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung (BIFIE).

Heute fand zudem eine Sitzung des EU-Hauptausschusses mit Bundeskanzler Faymann und Außenminister Kurz statt. Das dominierende Thema war natürlich die Ukraine und das weitere Vorgehen von EU, Europarat und OSZE in dieser Frage. Aber auch andere Themen wurden angesprochen, wie die Klima- und Energiepolitik oder das Re-Industrialisierungsprojekt der EU. Von sozialdemokratischer Seite haben wir die Regierung wegen ihrer besonnen und deeskalierenden Politik in der Ukrainekrise gelobt. Sanktionen müssten defensiv eingesetzt, Türen für den Dialog offen gehalten werden. Österreich als neutraler Staat und derzeitiges Vorsitzland des Europarates könne hier eine engagierte Rolle spielen.

Ich habe Euch auch eine Information der SPÖ Presse und Recherche beigelegt, in der geschildert wird, welche Folgen die von der Opposition geforderte Insolvenz für Kärnten gehabt hätte.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Dienstag, dem 18. März 2014, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Am Vormittag standen Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers zu den Maßnahmen im Hinblick auf die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG auf der Tagesordnung. Am Nachmittag wurde im Rahmen einer Dringlichen Anfrage über das Datenleck beim Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung (BIFIE) und die Absage sämtlicher nationaler und internationaler Bildungsstandardtestungen diskutiert.

Die Plenarsitzung startete mit einer **Erklärung** von **Bundeskanzler Werner Faymann** zur **Hypo Alpe Adria**. Der Bundeskanzler bekräftigte die Zielsetzung, den **Hypo-Schaden so gering wie möglich** zu halten. „Eine **Insolvenz Kärntens** ist nicht verantwortbar. Man spielt nicht mit der **Bonität** eines Bundeslandes. Wir werden die Kärntnerinnen und Kärntner **nicht einer Insolvenz ausliefern**“, so Bundeskanzler Faymann. Das **Hypo-Desaster** ist **nicht auf dem Rücken der Kärntnerinnen und Kärntner** zu lösen, denn sie haben den Schaden nicht verursacht, sondern die **FPÖ-Führung in Kärnten**, die **Haftungen des Landes Kärnten in der Höhe von 20 Milliarden** zu verantworten hat.

Faymann bekräftigte, dass die Entscheidung für eine **Abbaugesellschaft für die Hypo** gefallen sei. Die gesamte **Bankenabgabe**, auch der Anteil, den die Länder daraus bekommen, sollte eingesetzt werden, um die notwendigen Zahlungen für die Hypo zu finanzieren. Die **Hypo-Task-Force** hat unter Einbeziehung aller relevanten Punkte und Gutachten **alle Lösungsvarianten und deren Auswirkungen analysiert**. Verantwortung zu tragen, heißt auch, an die **volkswirtschaftlichen Auswirkungen** zu denken. Eine Insolvenz hätte **direkte Auswirkungen auf Leistungen** für die Kärntner Bürgerinnen und Bürger wie **Heizkostenzuschüsse, Wohnbeihilfen** oder auch **Gesundheitsleistungen**.

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder erläuterte, dass aus der **Hypo** eine **Abbaugesellschaft**, die **südosteuropäischen Töchter verkauft** und der **verbleibende Rest nach privatwirtschaftlichem Recht organisiert** werden. Man müsse auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, um neben der Abbaugesellschaft **Geld von Gläubigern** zu lukrieren. In dem Zusammenhang wies Schieder auf die noch **laufenden Prozesse** hin. Hinsichtlich der Forderung nach einer **Bankeninsolvenz** verwies Schieder auf die **BHI-Insolvenz im Jahr 1996**. „Diese steirische Bank ist bis heute noch immer nicht fertig abgewickelt. Es wäre **unverantwortlich**, würde man so ein Szenario in Kärnten eingehen wollen“, warnte Schieder. Ebenfalls in der Sitzung be-

geschlossen wurde ein **Entschließungsantrag**, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, das Parlament über die weiteren Schritte umfassend zu informieren.

Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek bekräftigte anschließend im Rahmen der Beantwortung der **Dringlichen Anfrage** zum Thema **BIFIE-Datenangriff** ihren Entschluss, die für dieses Jahr vorgesehenen Bildungstests im Sinne der Datensicherheit nicht durchführen zu lassen. Persönliche Daten gehören zu den **höchsten und schützenswertesten Gütern**. Die **Bildungsministerin** ist für die Daten der SchülerInnen und Lehrenden verantwortlich und hat daher in der Causa **umgehend und verantwortungsbewusst** gehandelt. Da die Datensicherheit seitens des BIFIE derzeit nicht gewährleistet werden kann, gibt es **keine Alternative zum Stopp der Testungen**. "**Das ist kein freiwilliger, sondern ein notwendiger Schritt**", unterstrich Heinisch-Hosek. Österreich wird durch ein einmaliges Aussetzen im internationalen Vergleich nicht zurückfallen.

Die **Überprüfung der nationalen Bildungsstandards** wurde lediglich **verschoben** und wird durchgeführt, sobald die **Datensicherheit** wieder **gewährleistet** werden kann. Österreich verfügt über **eigene gute Instrumente und Vergleichsmöglichkeiten**, um zu verhindern, dass das Bildungsniveau unter einem einmaligen Aussetzen der internationalen Vergleichsstudien leidet. In Österreich wird **jedes Jahr eine Vielzahl an Tests** durchgeführt. "Die Zeit dazwischen gerät da teilweise zu kurz", konstatierte die Ministerin. Sie will den **unfreiwilligen Stopp** der Testungen auch dafür nutzen, sich gemeinsam mit ExpertInnen einen **Überblick über sämtliche nationale und internationale Tests** zu verschaffen und zu **überprüfen**, welche notwendig und welche weniger notwendig sind, so die Ministerin.

SPÖ-Abgeordneter Elmar Mayer betonte, dass sich Eltern darauf verlassen können müssen, dass **Daten**, die von Schülerinnen und Schüler erhoben werden, **sicher sind**. Durch die Nebenerhebungen bei Testungen – wie etwa dem PISA-Test – werden **sehr sensible und heikle Daten** ermittelt, um zu wissen, wo und warum es bei Kindern Defizite gibt. Daher sind die **Bedenken** von **Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek** sehr **ernst zu nehmen** und ihre Vorgangsweise richtig. Auch Mayer **bedauerte**, dass diese **Absage** stattfinden muss, denn er ist überzeugt, „dass das Ergebnis weiter nach oben gehen wird. Denn der **Bildungsdampfer bewegt sich weiter und in den letzten fünf Jahren** haben wir **viele richtige Weichen** gestellt, die sich auswirken.“

Abschließend wurde im Rahmen von zwei **Kurzdebatten** nochmals über die Hypo diskutiert. Ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fand keine Mehrheit.

Informationen der SPÖ Presse und Recherche:

Was hätte eine Insolvenz der Hypo für Kärnten bedeutet?

Eine Insolvenz der Hypo Alpe-Adria hätte für die Kärntnerinnen und Kärntner dramatische Folgen:

- › Die noch existierenden 12-13 Milliarden Euro Landeshaftungen¹ – das rund 6fache des Kärntner Landesbudgets von rund 2,2 Milliarden Euro – würden sofort schlagend werden.
- › Kärnten würde die gestellten Forderungen niemals erfüllen können, das Land wäre zahlungsunfähig.
- › Dem Land würde eine Zwangsvollstreckung drohen. Nach dem Finanzverfassungsgesetz (§16 Abs. 2 F-VG) ist die Zwangsvollstreckung von Bundesländern und deren Ertragsanteilen² eindeutig zulässig.
- › Rund 1,4 Milliarden der Ertragsanteile des Kärntner Budgets wären jährlich zwangsvollstreckbar.
- › Das Landesbudget würde sich sofort um rund zwei Drittel reduzieren, d.h. von 2,2 Mrd. Euro auf 800 Mio. Euro.
- › Bei Landeshaftungen von 12-13 Milliarden Euro würden die Ertragsanteile für rund 10 Jahre einbehalten werden.

Zwar mögen diese Zahlen trocken klingen, dahinter stehen jedoch menschliche Schicksale:

- › Kärntner Ämter müssten sofort BeamtInnen entlassen. Wie viele von den derzeit rund 4.100 Landesbediensteten kann niemand abschätzen.
- › Zahlreiche Kärntner Kindergärten müssten geschlossen werden, Schulen müssten das über den Pflichtunterricht hinaus gehende Angebot massiv einschränken, Sportstätten müssten geschlossen werden.
- › Kärntens Spitäler müssten die Versorgung der Bevölkerung bis auf den geringstmöglichen Notbetrieb einstellen und damit Tausende Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit entlassen. Konkret: Während Notfallambulanzen hoffentlich erhalten würden, müssten Palliativ- und Pflegestationen geschlossen werden.
- › Privatisierungen: Kärntner Anteile an Unternehmen (Bsp.: Kelag, Neue Heimat, Kärntner Heimstätte, Frauengesundheitszentrum Kärnten, 5 Landeskrankenhäu-

¹ EigentümerInnen einer Bank (Aktionäre und Aktionärinnen) haften bis zur Höhe ihrer Kapitaleinlage (das trifft auch auf die BayernLB zu). Ausfallbürginnen und -bürgen gem. § 1356 ABGB hingegen haften bis zur Höhe jener Verbindlichkeiten, für die sie Haftungen übernommen haben. Das heißt für den gegenständlichen Fall der Hypo: Geht die Bank pleite, kann sich ein/e Anleihegläubiger/in, der/die sein/ihr Geld von der Bank nicht mehr erhalten kann, im Zeitpunkt der Insolvenz an das Land Kärnten als Ausfallbürgen wenden und von diesem die Rückzahlung der einbezahlten Gelder verlangen.

² Über den Finanzausgleich werden die Finanzmittel des Staates auf die einzelnen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) aufgeteilt. Die zu verteilenden Finanzmittel heißen Ertragsanteile.

ser, etc.) müssten Großteils verkauft werden. Rund 8.700 Beschäftigte in diesen Unternehmen müssten um ihre Arbeit fürchten.

- › Kärnten gibt 2014 150 Millionen Euro für Wohnbauförderung aus. Eine Insolvenz Kärntens könnte bedeuten, dass der Neubau und die Sanierung von jährlich rund 4.300 Wohnhäusern eingestellt werden müsste und die rund 3.700 in diesem Bereich beschäftigten Menschen ihre Arbeit verlieren würden.
- › Die 330 Million Euro, die das Kärntner Budget 2014 für Baumaßnahmen vorsieht, könnten mit der Insolvenz ebenfalls nicht mehr investiert werden, 8.300 ArbeitnehmerInnen wären von der Arbeitslosigkeit bedroht.
- › Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Kärntner Verkehrsinfrastruktur (für 2014 mit rund 42 Millionen Euro dotiert) müssten wahrscheinlich gestoppt werden, die Verkehrssicherheit wäre dadurch massiv bedroht.
- › Die Förderung der regionalen Unternehmen im Ausmaß von rund 60 Millionen Euro jährlich könnten gestrichen werden mit dramatischen Folgen für die lokale Wirtschaft und die Arbeitsplätze

Nicht zufällig hat auch die BMF-Task-Force eindeutig davon abgeraten, die Hypo in die Insolvenz zu schicken. Eine Pleite der Hypo wäre für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler keineswegs die günstigere Lösung, im Gegenteil: sie würde eine reelle Existenzgefährdung für Zehntausende Kärntnerinnen und Kärntner darstellen. Vor diesem Hintergrund wird auch klar, warum Bundeskanzler Werner Faymann so eindringlich formuliert hat, man dürfe „nicht mit der Insolvenz der Hypo spielen“.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen: Europa muss re-industrialisiert werden \(19.03.2014\)](#)

[Kärntner SPÖ-Abgeordnete: Strache soll sich endlich für Hypo-Debakel entschuldigen! \(19.03.2014\)](#)

[Muttonen: Europa braucht starke soziale Mindeststandards \(17.03.2014\)](#)

[Muttonen zu Hypo-Lösung: "Abbaugesellschaft ist vernünftigste Entscheidung!" \(14.03.2014\)](#)

[Muttonen/Schieder: Europäische Gesamtstrategie für Syrien notwendig \(14.03.2014\)](#)

[Ukraine - Muttonen: Dialog ist Voraussetzung für Deeskalation \(06.03.2014\)](#)

EU-Hauptausschuss mit Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments

Der Saal des Bundesrates im Parlamentsgebäude war am Montag zum Bersten gefüllt. Grund war der Besuch des sozialdemokratischen Europaparlamentspräsidenten Martin Schulz und seines Vizepräsidenten Othmar Karas im EU-Hauptausschuss des Nationalrats.



Gleich zu Anfang seiner Rede richtete sich Präsident Schulz mit warnenden Worten an uns anwesende Abgeordnete. Der Krieg in Europa sei leider nicht verschwunden. Rassismus, Hass, Feindseligkeit, Großmacht- und Territorialansprüche, drohten auch heute noch in Europa zu Kriegen zu führen, wie das Beispiel der Ukraine zeige. Das Frie-

densprojekt der EU, in indem die europäischen Staaten einander in einem institutionellen Rahmen, auf gleicher Augenhöhe und mit gleichen Rechten begegnen, sei daher auch heute noch hoch notwendig und aktuell.

Leider hätte die EU aber in der Vergangenheit bei den Menschen viel Vertrauen verspielt. Von den Menschen würde nur noch die Verwaltung aber nicht mehr die großartige und wichtige Idee, die sich hinter der EU verberge, gesehen. Schulz forderte in diesem Sinne eine dringende Reform der Institutionen ein, um sie transparenter und demokratischer zu machen. Man müsse die EU wieder näher an die Menschen herantragen und genau darauf schauen, von welchen Themen die EU- Institutionen besser ihre Finger lassen sollten, weil die regional und national besser geregelt werden könnten.

Auf die bessere Verteilung der Kompetenzen bin auch ich in meinem Redebeitrag eingegangen. Die EU müsse nicht schauen, in welchem politischen Winkel der EU, sie noch nicht regelnd eingegriffen hat. Europapolitik würde schließlich nicht nur in den EU-Institutionen gemacht, sondern auch durch die Länder, Regionen und Kommunen. Da müsse man sich nicht in alles einmischen. Außerdem bin ich auf die angespannte soziale Situation in vielen EU-Ländern eingegangen. Ich habe noch einmal angemahnt, dass wir dringend gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU benötigen, die nicht durch Sparpakete ausgesetzt werden dürften.

Abrüstungspolitik: PNND ernennt mich zur Ko-Präsidentin

Die Gefahren, die von Atomwaffen ausgehen und der Einsatz für eine weltweite Abschaffung von Atomwaffen sind eines meiner politischen Herzensthemen. Seit vielen Jahren engagiere ich mich daher auch im internationalen Parlamentarischen Netzwerk für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND). Vor drei Wochen bin ich nun zur Ko-Präsidentin des weltweiten Netzwerks gewählt worden, dem mehrere Hundert Abgeordnete aus über 82 Staaten angehören. Das ist eine große Ehre für mich.

Ich werde mich in meiner neuen Position für eine aktive Einbeziehung des österreichischen Parlaments und des PNND bei der Gestaltung der anstehenden großen internationalen Anti-Atom-Konferenz im Herbst dieses Jahres hier in Wien einsetzen. Wenn Ihr Euch über die Arbeit der PNND informieren möchtet, dann schaut doch einfach mal auf unserer [Webseite](#) (leider nur auf Englisch) vorbei.

Gespräch mit dem Präsidenten der syrischen Opposition

Am Freitag vergangener Woche habe ich gemeinsam mit Klubobmann Andreas Schieder den Präsidenten der syrischen Opposition Georges Sabra getroffen, um über die aktuelle Lage in Syrien zu sprechen. Der Syrienkrieg gerät aufgrund der Ukraine-Krise zurzeit ein wenig aus dem Blick der Öffentlichkeit. Aber die Zahlen bleiben erschütternd: Seit Mai 2011 sind 102.000 Menschen in dem Krieg umgekommen. 93.000 Menschen werden vermisst. Alle 10 Minuten wird in Syrien ein Mensch bei Kampfhandlungen verletzt, alle 15 Minuten kommt ein Mensch gewaltsam zu Tode, jeden Tag werden 8 syrische Kinder getötet.



George Sabra wies in dem Gespräch darauf hin, wie notwendig neben einer politischen Lösung des Konflikts derzeit auch die humanitäre Hilfe sei: In den zahlreichen Flüchtlingslagern fehle es an Platz, wichtigen Medikamenten, Trinkwasser und Lebensmitteln. Außerdem drohe eine Polioepidemie.

Andreas Schieder und ich haben auf das bereits vorhandene Engagement Österreichs hingewiesen. Neben der österreichischen Beteiligung an der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen, haben wir bereits im August letzten Jahres die Syrienhilfe um 600.000€ angehoben.

Angesichts der dramatischen humanitären Situation in Syrien und in den Flüchtlingslagern ist uns aber klar, dass dies nur ein kleiner Beitrag zur Lösung der gewaltigen Probleme ist. Wir haben Präsident Sabra daher zugesichert, dass wir den Menschen in Syrien auch weiterhin – im Rahmen unserer Möglichkeiten – helfen werden und uns verstärkt dafür einsetzen wollen, dass wir zu einer gemeinsamen Syrienstrategie in Europa kommen.

Irans Außenminister Zarif zu Besuch im Nationalrat

In Wien findet zurzeit die zweite Verhandlungsrunde über das iranische Atom-Programm statt. Der iranische Außenminister Mohammad-Javad Zarif nutzte die Gelegenheit, um das österreichische Parlament zu besuchen und sich mit den Abgeordneten des Außenpolitischen Ausschusses zu einem Gedankenaustausch zu treffen. [Außenminister Zarif berichtet über politische Entwicklungen im Iran \(19.03.2014\)](#)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at